

Simonet, Henri; Burgbacher, Fritz; Schmitt, Dieter; Schmidt, Adolf

Article — Digitized Version

Konsequenzen der Ölkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Simonet, Henri; Burgbacher, Fritz; Schmitt, Dieter; Schmidt, Adolf (1974) :
Konsequenzen der Ölkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54,
Iss. 1, pp. 9-22

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134630>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konsequenzen der Ölkrise

Der Boykott der arabischen Förderländer beschwor die Gefahr einer Energie- und Wirtschaftskrise herauf. Welche mittel- und längerfristigen Folgerungen sind hieraus für die Energiepolitik zu ziehen?

Folgerungen für Europa

Henri Simonet, Brüssel

Meiner Ansicht nach kommt es darauf an, die Tatsache hervorzuheben, daß die derzeitige Erdölkrise, die die europäische Solidarität erschüttert und an die Grundfesten unserer Volkswirtschaften rührt, lediglich die Verlängerung einer bereits zurückliegenden Entwicklung und zugleich eine Übergangsphase zu künftigen Problemen darstellt. Zweifellos hat die Krise eindringlich zur Anschauung gebracht, in welchem Maße Europa in seiner Energieversorgung von draußen abhängig ist und in welchem Umfang unser Wirtschaftsleben auf einer Energiequelle, nämlich dem Erdöl, beruht. Ebenso ist es aber sicher, daß die derzeitige Situation die Folge zahlreicher Faktoren ist, die sich bereits vor der gegenwärtigen Mittelostkrise entwickelt haben.

Der erste dieser Faktoren ist die Tatsache, daß der Überschuß, der früher für den Erdölmarkt kennzeichnend war, seit Ende der sechziger Jahre nicht mehr besteht. Die außerordentlich rasche Verbrauchszunahme in allen Industrieländern führte zu einer Situation des Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Während in der Vergangenheit der Markt der Erdölzeugnisse durch einen chronischen Angebotsüberhang gekennzeichnet war, stehen wir nun vor der genau umgekehrten Situation.

Gefahren der Energieverschwendung

Noch schwerer wiegt, daß die frühere Situation, die durch ein Überangebot und niedrige Erdölpreise gekennzeichnet war,

die westlichen Volkswirtschaften zu einer Vernachlässigung der anderen vorhandenen oder potentiellen — und allerdings teureren — Energiequellen verleitete. Und sie führte in diesen Ländern dazu, sich an eine Energieverschwendung zu gewöhnen, deren Gefahren wir nun alle erkennen müssen.

Der übermäßige Energiehunger unserer Wohlstandsgesellschaft hat uns — das ist heute nicht mehr zu verkennen — zu einem verschwenderischen Wirtschaften verführt. Die gesamte Organisation unseres Wirtschaftslebens hat uns überdies dazu getrieben. Auch auf diesem Gebiet sind ausschließlich die staatliche Planung des tatsächlichen Bedarfs und die Kontrolle des Einsatzes der Versorgungsmittel nach dem Gesichts-

punkt der gesellschaftlich optimalen Verwendung geeignet, dieser für jede kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Tendenz zur Verschwendung der materiellen Güter entgegenzuwirken.

Der zweite Faktor, der die derzeitige Verwirrung auf dem Erdölmarkt kennzeichnet, ist der wachsende Einfluß der ölproduzierenden Länder auf den Erdölmarkt, der zuvor in den Händen der großen Mineralölgesellschaften lag. Die ölproduzierenden Länder, und namentlich die der arabischen Welt, kennen nun die Wirksamkeit und Schlagkraft ihrer im Sinne eines Kartells wirkenden Organisation. Der Einsatz des Erdöls als politische Waffe ist das sprechendste Beispiel für die Anwendung dieses Prinzips.

Die Haltung der ölproduzierenden Länder des Mittleren Ostens wird auf absehbare Zeit aufrechterhalten bleiben und für alle künftigen Beziehungen mit diesen Ländern und jede Überlegung über die Rolle des Erdöls in unserer Gesamtenergiebilanz bestimmend sein. Die Einnahmen aus dem Erdölhandel stellen für einige der ölproduzierenden Länder die Hauptquelle dar, auf welche sie die Finanzierung ihrer Wirtschaftsentwicklung stützen. In der Erkenntnis, daß diese Quelle sich erschöpfen kann, haben sie klar zu verstehen gegeben, daß sie – über die derzeitigen politischen Probleme hinaus – ihre Förderkapazität so lange wie möglich aufrechterhalten wollen, und dies bei gleichzeitiger Maximierung ihrer Gewinne durch einen stetigen Druck auf die Preisentwicklung zu ihren Gunsten.

Mittelfristig keine Substitutionsmöglichkeiten

Die direkten Verlängerungen dieser Entwicklung im Erdölgeschäft lassen deutlich die doppelt mißliche Lage erkennen, in

der sich Europa heute befindet: unsere Abhängigkeit und unsere Unsicherheit auf dem Gebiet der Energieversorgung.

Diese Abhängigkeit zeigt sich nun in um so stärkerer Ausprägung, als – zumindestens mittelfristig – kaum geeignete Substitutionsmöglichkeiten für das Erdöl und insbesondere das arabische Erdöl bestehen. Einerseits kann der Markt, wie die Engpaßsituation, in die wir eintreten, bereits gezeigt hat, nur

relativ unbedeutende Erdölmengen anderer Provenienzen anbieten. Andererseits ist unser Bedarf für Heizung, Beleuchtung und Verkehr durch Systeme und eine Infrastruktur bestimmt, die zu einem hohen Anteil auf den Mineralölerzeugnissen beruhen. Das macht jede Hoffnung illusorisch, daß das Erdöl durch eine andere Energiequelle, sei es nun eine vorhandene wie die Steinkohle oder eine noch weitgehend potentielle wie die Kernenergie, schon bald ersetzt werden könnte.

Die Abhängigkeit vom Erdöl, in die somit die großen Verbraucherländer geraten sind, kann leicht zu einer anhaltenden Spannung zwischen diesen Ländern und den ölerzeugenden Ländern führen, wenn nicht umgehend neue auf Kooperation basierende Beziehungen mit diesen Ländern zustande kommen. So wie die Dinge heute liegen, kontrollieren diese Länder nunmehr die Mengen und die Preise und können aufgrund politischer oder strategischer Erwägungen diskriminierende Maßnahmen gegen bestimmte Verbraucherländer anwenden, oder auch gegen Firmen, die die Verarbeitung, den Transport oder die Verteilung besorgen.

Alle EG-Staaten sind Betroffene

Diese „Besitzergreifung“ auf dem Erdölmarkt wird sich zweifelsohne unmittelbar und mittelbar auf die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer der Gemeinschaft auswirken. Ohne in diesem Zusammenhang die Grundsätze kommentieren zu wollen, die die Außenminister in ihrer politischen Stellungnahme auf der Tagung am 5. November zum Ausdruck gebracht haben, bleibt folgendes doch zu bemerken: Die Art, wie das Erdöl-Versorgungsproblem in antagonistischer Weise behandelt wurde, und zwar zwischen der nationalistischen Haltung bestimmter Mitgliedsländer der Gemeinschaft einerseits und dem Be-

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Dr. Henri Simonet, 42, ist ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Freien Universität Brüssel. Seit dem 6. Januar 1973 ist er einer der Vizepräsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Prof. Dr. Fritz Burgbacher, 73, ist Honorarprofessor an der Universität Köln. Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments und befaßt sich insbesondere mit energiewirtschaftlichen und europäischen Fragen.

Dr. Dieter Schmitt, 33, Diplom-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Assistent am Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln.

Adolf Schmidt, 48, ist seit 1969 Vorsitzender der IG Bergbau und Energie; 1965 erfolgte die Wahl in den Geschäftsführenden Vorstand. Adolf Schmidt ist Mitglied des Deutschen Bundestages.

mühen anderer Länder, die das Problem als Gemeinschaftsproblem betrachtet wissen wollen andererseits, stellt ein irreführendes Dilemma dar.

Die Wirklichkeit liegt anders: Die Entwicklung der Ereignisse und der Druck der Tatsachen zeigen uns, daß im Falle einer fühlbar bedeutenden und lang anhaltenden Erdölknappheit alle Länder, ganz gleich auf welche Maßnahmen oder sonstige Mittel die einzelnen Staaten individuell zurückgreifen können, doch durch diese Krise betroffen würden. Dies geschieht entweder direkt, da es schließlich, um in Sicherheit zu sein, noch nicht genügt zu glauben, daß man sich allein retten könne. Oder aber es geschieht indirekt insofern, daß es bei einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität in einem Lande als Folge der Verminderungen seiner Energieversorgung nicht ausbleiben kann, daß diese Entwicklung Rückwirkungen auf die Gesamtheit der europäischen Volkswirtschaften zeitigen wird.

Ob wir nun hoffen, uns allein zu retten, oder ob wir glauben, daß nur ein Gemeinschaftsdenken, in dessen Rahmen die politischen und wirtschaftlichen Interessen jedes einzelnen Mitgliedstaates grundlegend berücksichtigt werden, unsere Rettung bedeuten kann, scheint mir eine relativ akademische Frage zu sein. Wenn die Lieferungskürzungen im Laufe der nächsten Wochen weiterhin aufrechterhalten bleiben sollten, wird sich zeigen, daß wir alle betroffen sind.

Die Beziehungen zwischen den ölproduzierenden Ländern und den Verbraucherländern sind nun in eine neue Phase eingetreten. Die gesamte Industrielwelt – und nicht nur die Gemeinschaft – muß nun gründlich prüfen, welche Folgen diese Situation unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung haben wird, und sie muß zur Zu-

sammenarbeit bereit sein, um alternative Energiequellen und geeignete Mittel zum sparsamen Einsatz der verfügbaren Energie zu finden. Die Abhängigkeit und die Unsicherheit unserer Versorgung sind unbestreitbar zwei Tatsachen, die wir nicht ignorieren können und dürfen.

Ohnmacht der Mineralölfirmen

Schließlich besteht noch ein drittes Phänomen, auf das ich bereits hingewiesen habe: die Politisierung des Erdöls. Die wichtigste Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Krise zu ziehen haben, hat politischen Charakter: Das Problem der Versorgungssicherheit und die Diversifizierung der Energiequellen ist nun ohne jeden Zweifel eine Angelegenheit der Staaten geworden.

Wir haben uns, vielleicht zu Unrecht, in den Gedanken eingelebt, daß trotz der bei den internationalen Erdölverhandlungen aufgetretenen Schwierigkeiten die Mineralölfirmen die natürlichen Gesprächspartner der ölproduzierender Länder sind. Dieser Standpunkt bedarf nunmehr einer Revision, und zwar aus folgenden drei Gründen:

Zunächst einmal waren es einige der Erzeugerländer selbst, die beschlossen haben, das Erdöl als politische Waffe einzusetzen. Diese Länder wenden nun eine Strategie an, auf die die Mineralölfirmen nicht entsprechend reagieren können, so insbesondere auf die totale Kontrolle des Angebots und der Preise. Daneben besteht auch das zugleich politische wie währungstechnische Problem der finanziellen Sättigung einiger dieser Länder, deren Kapitalbedarf weit niedriger als ihre verfügbaren oder zu erwartenden Einnahmen ist. Schließlich wünschen die Mineralölgesellschaften selbst die Unterstützung durch die Verbraucherstaaten, da sie sich wohl darüber klar sind, daß sie künftig keine den

Ansprüchen der Erzeugerländer entsprechenden Gegenleistungen (oder ein entsprechendes Gegengewicht) zu bieten haben werden.

Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit

Die Verbraucherstaaten müssen sich auch darüber klar sein, daß die Erhöhung der Erdölpreise einen beträchtlichen Einfluß auf ihre Zahlungsbilanz haben wird. Der Primäreffekt dieser Erhöhung, d. h. die erhöhten Energiekosten, ist jedermann bekannt. Der Sekundäreffekt ist jedoch nicht weniger bedeutend und berührt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften gegenüber ihren Konkurrenten.

Jede Verteuerung der Energie wirkt sich als ein Steigerungsfaktor auf die Kosten der Industrieprodukte aus. Die Länder, in denen das Importöl einen wesentlichen Anteil der Energieversorgung ausmacht, werden unter dieser Entwicklung viel mehr zu leiden haben als die Länder, die sich gewissermaßen selbst versorgen können, wie etwa die USA. Daraus ist leicht zu ersehen, in welchem Maße die Probleme unserer Erdölversorgung mit der Problematik der Währungspositionen Europas einerseits und der Vereinigten Staaten andererseits interferieren und die künftigen Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen des GATT beeinflussen können.

Notwendige gemeinsame Beschlüsse

Ebenso ist zu erkennen, daß es sich hier nicht darum handeln kann, Beschlüsse zu fassen, ohne nicht zuvor den gesamten Problemkomplex mit seinen vielschichtigen Wechselwirkungen zu überdenken. Die derzeitige Situation ist zwar für die Länder der Gemeinschaft nicht dramatisch. Sie ist aber doch zu ernst, als daß man sich

erlauben könnte, den vielschichtigen Charakter des Problems zum Vorwand zu nehmen, um jedem Beschluß auf Gemeinschaftsebene auszuweichen.

Für die Gemeinschaftsländer in ihrer Gesamtheit dürfte sich das derzeitige Defizit auf etwa 17% der registrierten Gesamteinfuhr des Monats September belaufen. Dieses Defizit macht sich jedoch in den verschiedenen Ländern unterschiedlich bemerkbar: Frankreich ist kaum, die Niederlande sind dagegen schon jetzt stark betroffen.

Trotz der Sicherheitsvorräte, die die Mitgliedstaaten aufgrund einer Gemeinschaftsentscheidung angelegt haben und die zur Zeit einem Verbrauch von 90 Tagen entsprechen, gibt es schon jetzt viele Gründe zur Beunruhigung, die uns dazu veranlassen müssen, diese Beschlüsse zu fassen. Denn es besteht aller Anlaß anzunehmen, daß die Erzeugerländer aus wirtschaftlichen oder finanziellen Gründen ihren Druck auf das Angebot aufrechterhalten werden.

Darüber hinaus bringen bestimmte, von einigen Mitgliedstaaten individuell getroffene Maßnahmen die Gefahr mit sich, die Regeln des Vertrags von Rom und insbesondere das Gemeinschaftsprinzip, wonach der freie Warenverkehr zu gewährleisten ist, in Frage zu stellen. So erweist sich z. B., daß das von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedstaaten für den innergemeinschaftlichen Handel angenommene System der „automatischen Lizenzgewährung“ in der Praxis zu Beschränkungen der Freiheit dieses Austausches führen kann und auch tatsächlich schon dazu führte.

Vorschläge der Kommission

Um dieser Situation zu begegnen, hat die Kommission dem Rat Maßnahmen vorgeschlagen, die eine bessere gegenseitige Unterrichtung über die inner-

und außergemeinschaftlichen Warenbewegungen der Mineralölzeugnisse zum Ziel haben. Ferner hat sie vorgeschlagen, ein System zur Überwachung des Handels mit Mineralölzeugnissen einzuführen, um zu verhindern, daß spekulative und egoistische Interessen über die Idee des Gemeinschaftsinteresses, das den ganzen politischen Willen Europas beseelen muß, Übergewicht bekommen.

Schließlich führt die Kommission im Rahmen einer „Krisen“-Maßnahme ihre Aktion zur Ermittlung der Wirkungen und Koordinierung der Maßnahmen weiter, die die Mitgliedstaaten zur Verbrauchsbeschränkung eingeführt oder in Aussicht genommen haben. Hierbei handelt es sich allerdings nur um kurzfristige und auf die unmittelbare Gegenwart bezogene Maßnahmen. Die Kommission – im Bewußtsein ihrer doppelten Berufung als Wächterin des Gemeinschaftsbestandes und koordinierendes Organ europäischer Aktionen – wird, sofern die Notwendigkeit dazu drängt, weitere Maßnahmen ins Auge fassen müssen.

Wirksame Zusammenarbeit

Auf längere Sicht behält der Gesamtkomplex der Vorschläge, die die Kommission im Laufe der letzten Monate unterbreitete, seine Gültigkeit. Sie gewinnen darüber hinaus noch an Bedeutung, wenn man weiß, daß sie bereits vor der derzeitigen Krise konzipiert und präsentiert worden sind. Es handelt sich um Vorschläge, die sich in ihrer Gesamtheit in drei Teilbereiche gliedern: die Konzertierung zwischen den Verbraucherländern, die Zusammenarbeit mit den Erzeugerländern und die Organisation des Erdölmarktes der Gemeinschaft.

Die Verbraucherstaaten sollten sich zu einer wirklichen Zusammenarbeit entschließen, indem sie gegenseitig auf jede

Politik verzichten, die zu einem Überbieten bei den Erzeugern führt und die Versorgung eines dritten Landes in Gefahr bringen kann. Diese Zusammenarbeit muß sich insbesondere in Krisenperioden durch eine Konzertierung der zu treffenden Maßnahmen bestätigen. Sie kann darüber hinaus ein Gebiet prioritärer Option in der gemeinsamen Suche nach neuen Energiequellen finden: Das enorme Potential, das Europa, die Vereinigten Staaten und Japan auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet repräsentieren, sollte für diese ehrgeizige Aufgabe mobilisiert werden.

Das Handeln und die Haltung gegenüber den Erzeugern muß sich auf eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern und den am höchsten entwickelten Verbraucherländern stützen. Die Verbraucher müssen die legitimen Rechte der Erzeugerländer auf angemessene und progressive Einnahmen anerkennen, die ihnen die Erhaltung der Kaufkraft garantieren und ihre rasche Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Dieser Beitrag zu ihrer Entwicklung könnte sich auf bestimmte Grundsätze stützen, wie z. B. auf

- eine Direktbeteiligung an der Industrialisierung, wenn die Erzeuger dies wünschen;
- die Öffnung der Märkte für die Verarbeitungsindustrie der Erzeugerländer;
- die Öffnung der Industriemärkte für das verfügbare Kapital der Erzeugerländer, insbesondere auf dem Energiesektor.

Diesen Engagements der Verbraucherländer müßten auf der anderen Seite entsprechende Verpflichtungen der Erzeugerländer gegenüberstehen. Sie müßten ihrerseits die legitimen Interessen der Verbraucherländer anerkennen, die Stabilität und die Sicherheit ihrer Erdölversorgung garantiert zu sehen.

Sie müssen den Investoren eine angemessene und wirtschaftlich attraktive Behandlung garantieren und in ihrem Verhalten den Willen bekunden, die in vertraglichen Beziehungen üblichen Handelsregeln zu respektieren.

Es liegt sowohl im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger, den Erdölgesellschaften ihre Rolle in der Produktion, im Transport und in der Verteilung zu belassen. Sie waren bisher die ausschließlichen Gesprächspartner der Erzeuger. Wenn nun heute ihre Bedeutung ersichtlich auf eine zweitrangige Verhandlungsebene übergeht, so sind sie dennoch – dank ihrer Elastizität, ihrer Marktkenntnis und ihrer technischen Kompetenz – nicht weniger wichtig. Ob die Mineralölgesellschaften ihre Rolle aufrechterhalten können, hängt davon ab, inwieweit akzeptable Beziehungen zwischen ihnen und den Erzeugerländern zustande gebracht werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die künftige Bedeutung der Mineralölgesellschaften wohl eher darin besteht, für die Erdölverbraucher ein erforderliches und mögliches Maximum an Öl zur Verfügung zu stellen als Nachhutgefechte auf Gebie-

ten zu liefern, auf denen die historische Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden kann.

Die Mineralölgesellschaften müssen sich verpflichten, die Versorgung der Verbraucherländer auf einer stabilen Basis und entsprechend des ihnen verfügbaren Rohöls aufrechtzuerhalten. Die staatlichen Organe ihrerseits müssen dafür sorgen, daß die erforderlichen Mittel für diese Aktion zur Sicherung der Versorgungsstabilität geschaffen werden, und zwar in Abstimmung mit der Mineralölindustrie und außerdem durch die Entwicklung einer gemeinsamen Handelspolitik.

Nach Ansicht der Kommission muß dieser Vorschlagskomplex darauf abgestellt sein, die unterschiedlichen, aber komplementären Interessen auf einer gemeinsamen Ebene mit dem Ziel zusammenzuführen, eine größere Stabilität der Handelsströme unter befriedigenden wirtschaftlichen Voraussetzungen zu erreichen.

Oberstaatliche Lösung

Die Kommission will darüber hinaus ihre Aktivitäten und ihre

Überlegungen in bezug auf den Bereich der übrigen Energiequellen und insbesondere der Steinkohle, ferner auf die Gebiete der Forschung und Entwicklung im Hinblick auf neue Energiequellen sowie auf das heikle Problem der Angleichung der Preise der Mineralölerzeugnisse weiterführen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die gegenwärtige Krise die „Vergemeinschaftung“ der Interessen in drastischer Weise auf die Probe gestellt hat. Ich glaube jedoch, daß jedermann sich der Tatsache bewußt ist, daß es unnützlich wäre, auf einer einzelstaatlichen Ebene eine Lösung für Fragen zu suchen, die sich tatsächlich und offensichtlich auf einer überstaatlichen Ebene stellen. Auf dieser Ebene – und nur auf dieser Ebene – werden sich Lösungen finden lassen.

Diese Sachlage aber mündet unvermeidlicherweise in politische Optionen ein – in Optionen mit dem Blick auf die Zukunft und die Entwicklung Europas. Sollte sich daher das Bewußtwerden der derzeitigen Schwierigkeiten nicht eigentlich als für den Fortschritt auf diesem Gebiet günstig erweisen?

Renaissance der Steinkohle

Fritz Burgbacher, Köln/Bonn

Fünfzehn Jahre lang lautete die Parole in fast allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft und der westlichen Welt: billige statt sichere Energie! Daraus folgte eine systematische Stilllegung der deutschen und europäischen Steinkohle Schritt für Schritt; Abbau der heimischen Energiequellen war sozusagen arrogante Mode geworden. Bei ständig steigender Energienachfrage führte das zu einem ver-

stärkt steigenden Bedarf an Öl. Auf diese Weise verschaffte man den Öllieferländern ein Monopol einzigartiger und gigantischer Art, während man in anderen Wirtschafts- und Rechtsbereichen mit Vehemenz gegen Monopole arbeitet.

Als die Verbraucherländer die Mineralölprodukte zunehmend als Steuerquelle entdeckten, kann man beim heutigen Stand der Entwicklung feststellen, daß die

Öllieferländer einschließlich ihrer Gewinnanteile vom Endverbrauchspreis 8 bis 9% erhalten und die öffentlichen Abgaben in den Verbraucherländern über 60% des Endverbrauchspreises ausmachen. Dieses Verhältnis der Aufteilung des Endverbrauchspreises werden die Öllieferländer vermutlich nie mehr akzeptieren, besonders nachdem sie wissen, was Öl für uns alle bedeutet.

Die Auseinandersetzung mit Israel war der willkommene Anlaß für die arabischen Völker, der Umstellung der Liefer- und Preispolitik den Weg zu öffnen. Wir wissen heute, daß die ölproduzierenden Länder bei reduzierter Menge die gleichen Einkünfte erreichen wollen. In Kenntnis dieses Zieles müßten zwischen Lieferanten und Kunden Verhandlungen stattfinden, die zu einer ausgewogenen Abstimmung aller Interessen führen sollten. Die Öllieferländer müßten uns sagen, welche geringeren Mengen sie uns langfristig liefern wollen, damit wir unsere Energiepolitik darauf einstellen können.

Die OPEC hatte ausgerechnet, daß bei Fortsetzung der heutigen jährlichen Zunahme der Verbrauch an Öl im Jahre 1985 bei 4,2 Mrd. t und im Jahre 2000 bei rund 10 Mrd. t liegen würde. Das heißt, bis zum Jahre 2000 müßten Rohölvorkommen in einer Größenordnung von rund 140 Mrd. t verfügbar sein. Die Vorkommen im Mittleren Osten werden aber auf maximal 90 Mrd. t geschätzt. Selbst wenn die förderbaren Weltvorkommen an Rohöl um jährlich 5% wachsen, der Verbrauch aber um nur 6% zunimmt, reichten die Vorräte noch allenfalls für 25 Jahre. Nimmt der Verbrauch um 6% zu, die neuentdeckten Vorkommen aber nur um 4%, versiegen die Quellen schon nach 17 Jahren¹⁾.

Die Annahme im Energieprogramm der Bundesregierung, daß die arabischen Länder in Zukunft unseren Mehrbedarf an Öl liefern werden, ist durch nichts begründet. Es müssen deshalb alle Energieprognosen mit optimistischen Ölbedarfsdeckungsplänen überprüft und die bisher bei den Öllieferungen geschätzten Erhöhungen anderweitig gedeckt werden. Man wird grundsätzlich davon ausgehen dürfen, obwohl die Ener-

giezuwachsrate strittig ist, daß eine Verdoppelung des gesamten Energieverbrauchs in 6 bis 10 Jahren eintritt.

Es ist wahrscheinlich, daß in wenigen Jahren die Preise für Rohöllieferungen das 4- bis 5-fache der heutigen Preise betragen; die Öllieferländer verlangen nicht zusätzliche Belastungen der Endverbraucherpreise, sondern eine entsprechende Entlastung bei den fiskalischen Abgaben in den Verbraucherländern.

Erfordernisse der aktuellen Lage

Man muß zunächst an die Gegenwart und die nächsten 3 bis 7 Jahre denken, da vorher keine neuen Verfahren und zusätzlichen Produktionsgroßanlagen zur Verfügung stehen.

Als Maßnahmen, die sofort eingeleitet werden müssen, kommen besonders in Betracht:

Eine optimale Besetzung der Belegschaften im Steinkohlebergbau und Übergang zur Sechstagesarbeit; das ermöglicht eine Mehrförderung von ca. 25 Mill. t Steinkohle im Jahr.

Ersatz des schweren Heizöls durch Kohle in den Unternehmen, den Großheizanlagen und den Kraftwerken. Das gilt sofort vor allem für die bivalenten Energieverbrauchsanlagen, d. h. die sowohl auf Heizöl als auch auf Kohle oder Koks gefahren werden können; eine Umstellung wäre eventuell durch Gesetz anzuordnen.

Auf Sicht Umrüstung sämtlicher auf Öl basierender Heiz-, Produktions- und Kraftwerksanlagen auf Kohle und Koks.

Verwandlung des schweren Heizöls in Benzin und leichtes Heizöl; beschleunigte Schaffung der dafür notwendigen Anlagen, die Finanzierung sollte eventuell durch Ausfallbürgschaft der öffentlichen Hand abgesichert werden.

Sofortiger Beginn mit dem Bau von Kohle-Hydrierungsanlagen.

Sofortiger Beginn mit dem Bau von Kohle-Druck-Vergasungsanlagen.

Strengere Vorschriften beim Bau von industriellen Anlagen, im Wohnungsbau über Wärmeisolierung zur Ersparnis des laufenden Energieverbrauchs.

Rationellere Verwendung der vorhandenen Energiemengen durch Einsparung und Wärmerückgewinnung, soweit das bereits möglich ist; damit könnten 15 bis 20% des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden.

Verbot von Massengütertransporten im Fernverkehr unter Verwendung von Kohlewaserstoffen, soweit andere Verkehrsträger in der Lage sind, diese Transporte zu übernehmen.

Bei Preisvergleichen mit Wettbewerbsenergien ist der bisherige Fehler zu vermeiden, Preise der Wettbewerbsenergien von heute mit mutmaßlichen Preisen von Energie aus neuen Verfahren in einigen Jahren zu vergleichen.

Man kann insbesondere nicht die heutigen Kohlepreise mit den heutigen Ölpreisen vergleichen, sondern muß zum Beispiel die Kosten der Kohle-Druckvergasung mit den Ölpreisen vergleichen, die in etwa 3 bis 4 Jahren vermutlich zu zahlen sein werden.

Man muß nämlich den schwierigen Versuch machen, sich vorzustellen, was Wettbewerbsenergien in der Zeit kosten, in der neue Verfahren in den Markt eintreten. Das ist schwierig, aber unabdingbar. Dabei müssen stets das Gewicht und die eventuell flexible Bedeutung des Postens öffentliche Abgaben beachtet werden.

Es ist ermittelt worden, daß die Mehrkosten des Verbrauchs

¹⁾ Vgl. National-Zeitung Basel v. 20. 11. 73.

von leichtem Heizöl bei einem Verbrauch von 50 Mill. t leichtem Heizöl pro Jahr durch die Preissteigerungen des letzten halben Jahres auf das Jahr umgerechnet DM 7,5 Mrd. ausmachen, da die Preissteigerungen seit März 1973 sich im Mittel auf mehr als DM 150,- pro Tonne belaufen. Damit vergleiche man einmal die Kosten der Stützungsmaßnahmen für die Kohle²⁾).

Längerfristige Betrachtung

Der in allen bisherigen Energieprognosen festgelegte Mehrbedarf an Mineralöl ist den Realitäten anzupassen und die sich ergebende Deckungslücke ist durch langfristige, möglichst gesetzlich geschützte Planung zu ersetzen, und zwar durch:

Bau von Kernenergiekraftwerken, wobei in irgendeiner Weise durch gesetzliche Maßnahmen die Standorte, und zwar so schnell wie möglich, geklärt sein müssen (laut Energieprogramm der Bundesregierung sollen bis 1985 Kernkraftwerke mit einer Kapazität von 50 000 MW fertiggestellt sein).

Bau von thermischen Kraftwerken, für die auch der Standort mit gesetzlicher Hilfe festgelegt werden muß (laut Energieprogramm der Bundesregierung bis 1985 zusätzlich 40 000 MW).

Bau von Urananreicherungsanlagen in der Europäischen Gemeinschaft.

Bau von Hochtemperaturreaktoren mit ausreichender Prozeßwärme, um Stein- und Braunkohle in Erdgasqualität zu

vergasen, um damit die Erdgasversorgung importunabhängiger zu machen, als das bei dem bisherigen Entwicklungsstand in wenigen Jahren der Fall sein würde.

Finanzbedarf

Es ist klar, daß dieses neue Energieprogramm im Laufe der nächsten 10 bis 12 Jahre mehr kostet als die Summe, die im vorliegenden Programm der Bundesregierung genannt wurde.

Wen der Finanzbedarf von 70 bis 80 Mrd. DM für dieses Programm schockt, der sollte über die Gründe nachdenken. Wenn man jahrzehntelang unter totaler Vernachlässigung der Sicherheitsforderungen auf das Öl setzte, weil es billiger war, dann muß man sozusagen jetzt nachzahlen, um die beim Öl ausfallende Energiebedarfsdeckung selbst in die Hand zu nehmen. Es ist nun einmal so, daß der Rechenschieber ein guter Knecht, aber ein miserabler Herr ist.

Der genannte Finanzbedarf, dessen Deckung sich auf 4 bis 10 Jahre erstreckt, ist auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu beschaffen, besonders wenn Bundesgarantien übernommen werden.

Wie oben dargelegt, betragen die Mehrkosten des Verbrauchs von leichtem Heizöl durch die Preissteigerungen des letzten halben Jahres auf das Jahr umgerechnet 7,5 Mrd. DM. Man muß auch diese Zahl im Zusammenhang mit dem Finanzbedarf für langfristige Lösungen sehen.

²⁾ Dr. Bund im „Spiegel“ v. 19. Nov. 1973.

Abgesehen von den genannten sofort möglichen Erleichterungen brauchen alle anderen Verfahren 5 bis 10 Jahre bis zu ihrer Produktionsaufnahme. Daher wird, was wir heute nicht begonnen haben, in 5 bis 10 Jahren nicht zur Verfügung stehen.

Auch ein überzeugter Anhänger der Marktwirtschaft und des liberalen Welthandels muß sich überzeugen lassen, daß die Energien aller Art nicht Waren im üblichen Sinne sind, sondern ihnen beinahe die gleiche Bedeutung wie Luft und Wasser zukommt und daß ohne ausreichende Energie die Folgen Erwerbslosigkeit und Rückgang des sozialen Standings sein müssen. Energie kann deshalb nicht ausschließlich nach den Grundsätzen des Wettbewerbs und der freien Marktwirtschaft behandelt werden.

Schlußfolgerung

Fazit: Die Steinkohle erlebt im Laufe der Jahre eine Renaissance. Selbstverständlich wird sie nicht als Letztverbrauchsenergie eingesetzt werden, sondern in der Regel in gewandelter Form, sei es verflüssigt als Öl oder Treibstoff oder vergast zu Erdgasqualität und in der Stromerzeugung. Der Energieberater von Präsident Nixon, Charles Dibona, sagte: „Ein Durchbruch in der Kohletechnologie könnte den Tag dramatisch beschleunigen, an dem Erdöl nicht mehr der wichtigste Energieträger ist.“

Nach Meinung des Präsidenten des National Coal Board Großbritanniens, Derek Ezra,

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der Steinkohle mit den steigenden Preisen der Konkurrenzenergien stetig verbessern.

Der Generalsekretär der Organisation der Erdölexportierenden Länder, Dr. Khene, hat kürzlich in Bad Godesberg darauf hingewiesen, daß die Ölpolitik der arabischen Länder auf eine Begrenzung des Erdölangebots der Förderländer und auf eine weitere starke Steigerung des Rohölpreises hinausläuft.

Dabei hat er ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ölpreise auf ein Niveau angehoben werden müssen, auf dem die Steinkohle gegenüber dem Erdöl wieder wettbewerbsfähig werde.

Es ergibt sich also, daß die Zeit billiger Energie vorüber ist und die Energie aller Art teurer wird. Das darf aus folgendem Grunde nicht sehr verwundern:

Vor etwa 15 Jahren kosteten die Kilowattstunde Strom oder

der Kubikmeter Kokereigas — in Minuten eines Facharbeiterstundenlohnes umgerechnet — den Gegenwert von 9 bis 10 Arbeitsminuten. Vor der Ölkrise kostete diese Energie je Einheit etwa zwei Arbeitsminuten eines Facharbeiterstundenlohnes. Wenn sie also in der Zukunft 4 bis 6 oder gar 6 bis 9 Arbeitsminuten kosten würde, so wäre das ursprünglich vorhandene Verhältnis zwischen physischer und technischer Energie wieder hergestellt.

Längerfristige Konsequenzen

Dieter Schmitt, Köln

Die arabischen Staaten haben im Herbst 1973 mit einer Reduzierung ihrer Ölförderung und einem Embargo gegenüber einzelnen Staaten die Welt aufgeschreckt. Nahezu alle Industrienationen sahen sich zu mehr oder weniger drastischen Maßnahmen zur Einschränkung des Ölverbrauchs zum erstenmal seit dem zweiten Weltkrieg gezwungen. Die Abhängigkeit nicht nur der wirtschaftlichen Aktivität der Volkswirtschaften, sondern auch des persönlichen Wohlergehens jedes einzelnen von der ungestörten ausreichenden Versorgung mit Energie wurde offenbar.

Nachhaltige Veränderungen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es kaum möglich, alle Mengen-, Preis-, Beschäftigungs- oder Struktureffekte der energiewirtschaftlichen Entwicklung seit Oktober 1973 zu überblicken. Dennoch wird es notwendig sein, die Energiepolitik über die Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme bereits heute an längerfristigen Perspektiven auszurichten. Hierbei gilt es, den nachhaltigen Ver-

änderungen auf dem Weltenergiemarkt und den mutmaßlichen Auswirkungen auf Energienachfrage und Energieangebot Rechnung zu tragen. Die Energiepolitik hat insbesondere zu berücksichtigen,

□ daß auch in Zukunft Unterbrechungen der Öllieferungen und weitere Ölpreissteigerungen nicht auszuschließen sind, da die Förderstaaten erkannt haben, daß das Öl sich als politische Waffe einsetzen läßt, die Verbraucherstaaten offenbar zur Zeit dem abgestimmten Verhalten der Förderstaaten nichts gleichwertiges entgegenzusetzen vermögen, sich über eine Beschränkung des Angebotes die Preise im Moment offenbar uferlos erhöhen lassen und damit nicht einmal Erlöseinbußen mit der Mengenbeschränkung verknüpft zu sein brauchen. Überhaupt wird für die Zukunft damit zu rechnen sein, daß sich die Ölpolitik der Förderstaaten — einschließlich der Übernahme der Kapitalmehrheit der in ihren Ländern tätigen Gesellschaften — an den — mitunter vielleicht nur scheinbaren — Belangen dieser Länder ausrichten

wird, deren Interessen nicht unbedingt mit denen der Verbraucherstaaten übereinstimmen;

□ daß das stabilisierende Element der integrierten Gesellschaften mehr und mehr entfällt und damit in Zukunft temporäre Überschuß- wie Mangel-situationen eintreten können, sofern nicht ein ebenso wirksamer — noch zu entwickelnder — Ausgleichmechanismus an seine Stelle tritt, da sich die Position der integrierten Gesellschaften in den Förderstaaten entscheidend verändert hat, sie evtl. die Aufgabe des Eigentümers mit der des Dienstleistungsunternehmens oder des Käufers vertauschen müssen. Selbst diese Aufgaben werden sich oft nur in enger Kooperation mit staatlichen Organen der Verbraucherländer realisieren lassen. Die Bereitschaft, weiterhin hohe Beträge in den alten Fördergebieten zu investieren, wird in dem Maße zurückgehen, wie es die Förderstaaten nicht verstehen, eine neue Vertrauensbasis aufzubauen, oder die Verbraucherstaaten nicht zu einer entsprechenden Risikoabdeckung bereit sind;

□ daß nahezu alle Verbraucherstaaten angesichts der Erkenntnis, wie hoch ihre Abhängigkeit von einzelnen Ländern ist und wie empfindlich ihre Volkswirtschaften auf eine Störung der Energieversorgung reagieren, eine Politik der stärkeren Hinwendung zu „sicheren“ Energiequellen betreiben werden, womit einerseits ein Wettlauf um bestimmte Provenienzen, andererseits ein tendenzielles Erstarken autarken Wirtschaftens mit allen Folgen weltwirtschaftlicher Desintegration und Aufgabe der internationalen Arbeitsteilung verbunden sein könnte.

Zunehmendes staatliches Engagement

Welche Empfehlungen für die Energiepolitik leiten sich angesichts dieser Überlegungen ab?

Die Energiepolitik hat ihre Zielsetzung, Sicherstellung einer langfristig preisgünstigen Versorgung im Sinne einer dienenden Funktion zur Realisierung übergeordneter gesamtwirtschaftlicher bzw. gesellschaftlicher Ziele zu begreifen und sollte sich bei der Realisierung dieser Zielfunktion nach wie vor grundsätzlich marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen bedienen. Hierbei wird es jedoch ihre Aufgabe sein, mehr als in der Vergangenheit sicherzustellen, daß externe Effekte internalisiert werden. Dies kann und muß gegebenenfalls zu einer Korrektur der Marktergebnisse führen. Hierbei ist dem marktkonformen Vorgehen (z. B. Belastung „unsicherer“ Energieträger mit einer Vorratsgebühr) gegenüber dem marktinkonformen Vorgehen (Verbot der Verwendung dieser Energieträger) der Vorzug zu geben.

Immer deutlicher zeichnet sich jedoch die Notwendigkeit wachsenden staatlichen Engagements auf dem Energiemarkt ab, da die Wirtschaft immer weniger in der Lage zu sein scheint, die

Risiken im Energiebereich zu tragen oder den finanziellen Erfordernissen nachzukommen, oder da staatliche Aktivität sogar zu einer Verstärkung des Wettbewerbs führt. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß auf dem Weltenergiemarkt alles andere als die Bedingungen vollständiger Konkurrenz gegeben sind und das Ausmaß staatlicher Einflußnahme und Kontrolle weltweit (insbesondere in den Ölförderstaaten) auch in – bzw. gerade zur Sicherung – unserer marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Energiemarkt die Bereitschaft stärkeren staatlichen Engagements erzwingt, wobei dies allerdings vornehmlich im Sinne einer Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiative und nach Möglichkeit nicht substitutiv erstrebt werden sollte. Staatliche Aktivität wird darüber hinaus überall dort zu entfalten sein, wo Energiebezug und politische wie wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern verknüpft sind. Dies gewinnt in Zukunft um so mehr an Bedeutung, als die Partner auf dem Weltmarkt mehr und mehr staatliche Instanzen mit über die Energielieferungen hinausgehenden Ansprüchen sein werden.

Schließlich wird es sich als unabdingbar erweisen, gemeinsam in den Verbraucherstaaten wirtschaftspolitische Mechanismen zur Vermeidung einer Wiederholung der gegenwärtigen Energieversorgungsprobleme oder einer Übertragung auf andere Bereiche zu entwickeln sowie frühzeitig einen Damm gegen eine drohende weltwirtschaftliche Desintegration zu errichten. Auch stellt sich die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit ist, angesichts der für alle Industrieländer auch aus hohen Ölpreissteigerungen für Beschäftigung, Wachstum, Geldwertstabilität wie Zahlungsbilanzausgleich resultierenden nahezu gleichen Bedrohung

stärker zusammenzurücken und gemeinsam Abwehrstrategien zu entwickeln.

Beitrag der deutschen Kohle

Zunächst ist umgehend eine Analyse des unter alternativen Annahmen zu erwartenden Energieverbrauchs insgesamt wie einzelner Energieträger durchzuführen. Hierbei wird von unterschiedlichen Preis-, Wirtschafts- wie Strukturentwicklungen auszugehen sein. Hieran anzuschließen hat sich eine Bestandsaufnahme der gegenwärtig gegebenen bzw. sich in Zukunft entwickelnden Möglichkeiten zur Deckung dieses Bedarfs durch inländische und Import-Energieträger und den hiermit verknüpften Bedingungen.

Hierbei ist der Beitrag der inländischen Energieträger zur Deckung des Energiebedarfs insgesamt wie einzelner Bereiche nicht zuletzt vor dem Hintergrund inzwischen eingetretener bzw. zu erwartender Preisrelationen, sondern auch unter Einrechnung des unterschiedlichen Sicherheitsbeitrages der einzelnen Energieträger neu zu überdenken. In diesem Zusammenhang wäre z. B. auch zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen – insbesondere Kosten – vom deutschen Steinkohlenbergbau in welcher Zeit welche Förderung erbracht werden könnte bzw. ob nicht – und unter welchen Voraussetzungen – der Aufschluß neuer Steinkohlenförderkapazität gerechtfertigt wäre.

Sofern ein Beitrag deutscher Steinkohle zur Deckung des Energiebedarfs ins Auge gefaßt wird, der das Ausmaß des Marktergebnisses auch nach Internalisierung volkswirtschaftlicher Kosten übersteigen soll, hat dies nach Maßgabe eines Optimierungsprozesses zu erfolgen. Dies bedeutet z. B. Kohleeinsatz im Kraftwerksbereich

(mit der Folge möglicherweise notwendiger Weiterverarbeitung des verdrängten schweren Heizöls zu leichten und mittleren Produkten) statt Bau von Kohleverflüssigungsanlagen, sofern dies — wie zu erwarten — gesamtwirtschaftlich günstiger ist. Steuerliche Erleichterungen für die auf die Mineralölwirtschaft zukommende zusätzliche Belastung wären zu erwägen.

Die stärkere Heranziehung deutscher Steinkohle zur Deckung des Energiebedarfs wird allerdings kaum ohne langfristig gesicherte Absatzmöglichkeiten zumutbar sein. Zwischen Kohleverbrauchern und Steinkohlenbergbau sollten daher langfristige Lieferverträge vereinbart werden, um dem Bergbau eine hinreichende Disposition zu ermöglichen. Es wäre vorstellbar, in diese Verträge Preisgleitklauseln einzubauen, die Elemente wie Lohn- und Produktivitätsentwicklung, Preis für schweres Heizöl sowie Importkohle unter Hinzurechnung einer Sicherheitsgebühr für diese Energieträger enthielten und die erst mit einem größeren „time lag“ zur Anwendung kämen. Dem Bergbau sollte die Möglichkeit einer Erfüllung dieser Verträge mit Importkohle in gewissem Umfang zugestanden werden.

Sämtliche Verfahren, die Steinkohle in ihren Einsatzmöglichkeiten verbessern sowie neue Einsatzbereiche (Vergasung, kombinierte Prozesse) erschließen, sollten überprüft und ihre (Weiter-)Entwicklung — sofern notwendig und sinnvoll — mit finanzieller Unterstützung vorangetrieben werden.

Hinsichtlich einer weitergehenden Nutzung der deutschen Braunkohle kann davon ausgegangen werden, daß diese nach den jüngsten Ereignissen auf dem Weltenergiemarkt und gewissen steuerlichen Erleichterungen mit dem Aufschluß eines neuen Tagebaus erfolgt. Es

wäre allerdings zu prüfen, ob nicht — und wenn ja, unter welchen Bedingungen — eine noch darüber hinausgehende Verwertung der bekannten Braunkohlenlagerstätten anzustreben wäre. Im übrigen ist zu fordern, daß die Arbeiten zur Entwicklung von Verfahren, die die Braunkohle auch für außerhalb der Stromerzeugung liegende Einsatzmöglichkeiten — insbesondere die Vergasung — nutzbar machen, eventuell unter Einsatz zusätzlicher Mittel, beschleunigt werden. Dies gilt um so mehr, als die Braunkohle in diesem Falle einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherung der Versorgung zu erbringen vermöchte, während ihr Platz in der Stromerzeugung durch die relativ sichere Kernenergie optimal ausgefüllt werden könnte.

Entwicklung der Kernenergie

Die Forderung zu prüfen, ob nicht mit Einsatz zusätzlicher Mittel und Kräfte die Entwicklung beschleunigt werden könnte, gilt auch für die Kernenergie, zumal der Einsatz dieses Energieträgers angesichts der Preisentwicklung für fossile Brennstoffe relativ vorteilhafter zu werden verspricht.

Hier ist insbesondere an den Bereich fortgeschrittener Reaktorkonzeptionen zu denken, wie z. B. Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter, die nach den bisherigen Planungen erst in den 80er Jahren bzw. noch später zur Verfügung stehen sollen. Dies gilt jedoch auch für die — z. T. hiermit verknüpfte — Entwicklung kombinierter Prozesse wie Stromerzeugung und Abgabe von Prozeßwärme z. B. für die chemische Industrie und den Raffineriebereich, Vergasung von Braunkohle und Steinkohle, Erzeugung von Reduktionsgas für die Stahlindustrie, Wassergewinnung oder nuklearen Schiffsantrieb.

Zur stärkeren Nutzung der Kernenergie wird es sich als

unbedingt notwendig erweisen, die bereits im Energieprogramm der Bundesregierung vorgesehene Erleichterung und Vereinfachung der Genehmigungspraxis baldmöglichst in Angriff zu nehmen. Eine Verständigung zwischen Reaktorbauern und -betreibern über ein z. B. mehrjähriges Moratorium zwecks Standardisierung und Normierung könnte diesen Prozeß sicherlich erleichtern. Angesichts der in der BRD vorliegenden lediglich begrenzten Anzahl für nukleare Anlagen geeigneter Standorte wäre darüber hinaus auch den Bedingungen für den Bau solcher Anlagen im Meer nachzugehen.

Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wird auch für die elektrische Energie zu erwarten sein. Es sollte aus diesem Grunde darüber nachgedacht werden, ob nicht der elektrischen (Direkt-)Heizung in Zukunft größere Bedeutung zukommen könnte. Die Bereitschaft der staatlichen Preisaufsicht, hierfür mit einer entsprechenden Anpassung der Tarife die Voraussetzungen zu schaffen, könnte für die Elektrizitätswirtschaft hinsichtlich der von ihr zu tätigen Investitionen eine unübersehbare Signalwirkung haben.

Weiterhin erheblicher Importbedarf

Die Überprüfung all dieser Möglichkeiten wird jedoch aller Voraussicht nach zeigen, daß auch in Zukunft ein erheblicher Beitrag zur Deckung des Energieverbrauchs der BRD durch Importe erbracht werden muß. Es muß vor allem davor gewarnt werden, annehmen zu wollen, daß mit einem noch so forcierten Ausbau der inländischen Steinkohlenförderung — die ohnehin sehr bald vor nahezu unüberwindlichen Arbeitskräfteproblemen stünde — mehr als eine Erleichterung der anstehenden Probleme erzielt

werden kann. Dieser Aspekt ist von entscheidender Bedeutung, da dies besagt, daß auch auf absehbare Zeit die Sicherung unserer Energieversorgung durch Energieimporte zu erfolgen hat.

Andererseits scheint gerade heute die Feststellung notwendig, daß die Integration der deutschen Energieversorgung in den Weltmarkt nicht ein Versähen oder Fehler der Vergangenheit ist, sondern verstanden werden sollte als Ausdruck der von uns als lebensnotwendig erachteten Bejahung des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung, ohne die unser erreichter Wohlstand nicht denkbar wäre und ohne die wir die wirtschaftliche Rolle nicht zu spielen vermöchten, die uns heute zukommt.

Maßnahmen im Importbereich

Unsere Energieversorgung durch Maßnahmen im Bereich der Importenergieträger verbessern zu wollen bedeutet vor allem folgendes:

Es muß möglich sein, den Sicherheitsbeitrag deutscher Steinkohle zu definieren und damit den Weg freizumachen für eine expansive Kohleimportpolitik, um damit die reichsten Vorkommen an fossilen Energieträgern auf der Welt für unsere Energieversorgung zu erschließen. Hierbei ist sowohl an den Bezug aus den klassischen Kohleländern wie USA, Südafrika, Polen, Australien, nicht zuletzt auch Großbritannien, wie auch an den eigenen Neuaufschluß in diesen wie in anderen Ländern zu denken.

Für den deutschen Steinkohlenbergbau könnte hierin angesichts des bei ihm vorhandenen Know-how eine bedeutende Zukunftsaufgabe liegen. Sofern es sich bei dem Neuaufschluß um Länder der Dritten Welt handelte, wie z. B. Indonesien oder Indien, böte sich

im übrigen eine hervorragende Möglichkeit gezielter Entwicklungshilfe. Neben den Möglichkeiten eines zusätzlichen Einsatzes von Importkohle in der BRD sollte aber auch überprüft werden, ob nicht oder unter welchen Bedingungen der Bau und Betrieb von Verflüssigungsanlagen auf der Basis billiger Kohle in Übersee (z. B. Südafrika) und der Import dieser Produkte sinnvoll sein könnte.

Erfordernis schneller Entscheidungen

Alle Maßnahmen dieser Art sollten baldmöglichst in Angriff genommen werden, da einerseits mit hoher Wahrscheinlichkeit als das Ergebnis der jüngsten Ereignisse auch in den anderen Verbraucherstaaten ähnliche Pläne diskutiert werden und sich die hier gebotenen Möglichkeiten im Zeitverlauf tendenziell verschlechtern werden und andererseits in den Energieverbrauchsbereichen bereits frühzeitig entsprechende Investitionsentscheidungen fallen müssen, um die Kohle auch einsetzen zu können.

Die Forderung baldmöglichster Entscheidungen gilt auch für den noch immer weit wichtigeren Bereich: die Sicherung unseres Imports von Kohlenwasserstoffen. Ohne die Bereitstellung erheblicher öffentlicher oder öffentlich abgesicherter Mittel droht die einmalige Chance einer Beteiligung der BRD an der Erschließung der Nordsee – einem der hoffigsten Gebiete außerhalb des arabischen Raumes – zu verstreichen. Es scheint höchste Eile geboten, seitdem selbst so entfernte Länder wie Japan mit großem Mittelaufwand versuchen, sich diese Quelle zu erschließen. In gleichem Maße wird es aber auch notwendig sein zu überprüfen, ob nicht eine Beteiligung der BRD am Aufschluß von sonstigen „sicheren“ Vorkommen, ob in der Arktis oder

in Nordamerika, inzwischen in Frage kommt.

Die BRD wird generell in Zukunft in weit stärkerem Maße als bisher bereit sein müssen, die für die Erschließung von Kohlenwasserstoffen – insbesondere in weniger hoffigen, aber sicheren Gebieten – notwendigen erheblichen Investitionsmittel mit aufzubringen. Hierfür wären auch unkonventionelle Wege wie die Gründung eines Sondervermögens als Energieentwicklungsbank zu erwägen, das aus Mitteln der öffentlichen Hand wie aus staatlich garantierten Anleihen gespeist werden könnte.

Kooperation mit den Förderländern

Neben diesen Bemühungen wird es jedoch unabdingbar sein – insbesondere auf mittlere Sicht – durch einen Ausbau unserer Beziehungen zu den traditionellen Förderstaaten die Voraussetzungen für unsere Versorgung mit Kohlenwasserstoffen zu verbessern. Hierbei könnte die Bereitschaft, den Wunsch der Förderstaaten, auf der Basis ihres Öls sich wirtschaftlich zu entwickeln, verstehen zu lernen, auch in diesen Staaten die Einstellung zur Entwicklung eines beide Seiten befriedigenden partnerschaftlichen Verhältnisses entscheidend mitbeeinflussen.

Als Gegenleistung für Öllieferungen müssen in den Verbraucherländern attraktive Entwicklungsprojekte für die Ölförderstaaten entwickelt werden. Damit könnte es gelingen, diese Länder mit unserem Know-how, unseren Ausrüstungsgütern und deren eigenem Kapital auf einen Entwicklungsstand zu heben, der auch in ihnen die Voraussetzungen für ein Interesse an einer Kontinuität beide Seiten befriedigender Beziehungen schafft.

Im übrigen scheint der Zeitpunkt gekommen, den Förderstaaten gemeinsame Entwick-

lungsprojekte in ihren Ländern, in den Industrienationen wie in Ländern der Dritten Welt anzubieten. Als Instrumente einer Politik der Kooperation im Energiebereich bietet sich einmal die nunmehr mehrheitlich im Besitz des Bundes befindliche deutsche Mineralölgruppe an, der zu wünschen wäre, daß sie möglichst bald auch nach außen als „DEMINAG“ (Deutsche Mineralöl AG) ihre Konsolidierung fände, wie auch eine Interessengemeinschaft europäischer Ölgesellschaften an.

Aber auch die politische Absicherung einer weiterhin unverzichtbaren Tätigkeit der integrierten Gesellschaften in den Förderstaaten ist zu entwickeln. Neben einer Kooperation einschließlich des entsprechenden finanziellen Engagements im Bereich der Förderung sollte auch der Transport, die Verarbeitung wie die Verteilung ins Auge gefaßt werden. Auf der anderen Seite böte es sich jedoch auch z. B. an, Förderstaaten in die Produktion petrochemischer Vorprodukte oder auch von Primärchemikalien im wechselseitigen Ausbau von Anlagen mit jeweilig mehrheitlicher Kapitalbeteiligung in den Heimatländern einzuschalten.

Anpassungen der Energienachfrage

Neben diesen Bemühungen einer Sicherung ausreichender Energieversorgung durch Maßnahmen im Bereich des Energieangebots müssen Überlegungen treten, die auch die Energienachfrage an die veränderten Verhältnisse anpassen. Hierzu bedarf es zunächst der Bereitschaft, über den Preis diese Veränderung wirksam werden zu lassen und dessen Steuerungsfunktionen zu erhalten. Über eine Verteuerung der Energieträger bzw. mit ihnen produzierten Gütern wird sich sodann — insbesondere auf mittlere und längere Sicht — eine Verringerung des Energieverbrauchs schlechthin (auch als Folge von Substitutionsprozessen) einstellen. Diese sind notfalls durch steuerliche Erleichterungen oder administrative Maßnahmen zu unterstützen. Lediglich unerwünschte Verteilungswirkungen wie gesamtwirtschaftlich nicht zu vertretende Beschäftigungseinbrüche sollten durch ein Eingreifen der öffentlichen Hand vermieden werden. Strukturelle Anpassungsvorgänge im Sinne eines relativen Zurückbleibens energiekostenintensiver Produk-

tionsprozesse dürfen dagegen allenfalls vorübergehend Gegenstand energiepolitischer Eingriffe werden, die jedoch in keinem Falle diese Anpassungsprozesse verhindern, sondern lediglich negative Begleiterscheinungen minimieren sollen.

Daneben sollten Überlegungen treten, wie der Energieverbrauch generell eingeschränkt werden könnte. Diese haben jedoch zu berücksichtigen, daß der Energieverbrauch in vielen Fällen kein Ziel an sich ist, sondern Instrumentalcharakter für die Befriedigung sonstiger Bedürfnisse besitzt. Die Forderung muß daher lauten, den Wirkungsgrad energieverbrauchender Prozesse, einschließlich Recycling, zu erhöhen und alle Bemühungen in dieser Hinsicht zu unterstützen. Auch bedarf es sicherlich in vielen Fällen noch einer erheblichen Informationsarbeit und möglicherweise hier und da auch eines gewissen Zwangs (insbesondere dort, wo freie Verbraucherentscheidungen lediglich begrenzt zustande kommen). Insgesamt sollte jedoch angestrebt werden, auch in Zukunft die Entscheidung über Höhe, Zeitpunkt oder Art des Energieträgereinsatzes grundsätzlich dem Energieverbraucher zu überlassen.

Lückenbüßer Steinkohle?

Adolf Schmidt, Bochum

Für den Bergmann brachte die Ölversorgungskrise etwas Positives, so sehr er auch ihre potentiellen Folgen bedauert: Die Nation besinnt sich plötzlich, daß sie über einen beachtlichen eigenen Energieträger verfügt. Der Wert bergmännischer Arbeit wird infolge-

dessen neu entdeckt. Selbst jene, denen in den vergangenen 15 Jahren allen Warnungen zum Trotz nicht umfangreich genug und nicht schnell genug stillgelegt wurde, reden nunmehr einer sicherheitsorientierten Kohlepolitik das Wort.

Bei dieser Feststellung geht es weder um Rechthaberei noch um Schadenfreude. Wichtig ist allein die Erkenntnis, die aus dem derzeitigen Dilemma zu ziehen ist: Energie ist besonders für die moderne Industrielandschaft ein eigenständiger Produktionsfaktor, dessen Verknäp-

pung zum Infarkt des Systems führen kann.

Der Wirtschaftspolitiker ist deshalb aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, daß, ohne Berücksichtigung der privatwirtschaftlichen Interessen einzelner Marktbeteiligter, der Volkswirtschaft ein möglichst hoher Grad an Versorgungssicherheit erhalten bleibt. Unter den gegebenen technisch-ökonomischen Bedingungen erfordert dies sowohl eine aktive Kohlepolitik als auch die Entwicklung neuer Energieträger. Denn daß die jahrelang vielerseits vertraute „Diversifikation“ ausländischer Lieferquellen keine Lösung ist, hat der arabische Ölboykott offenkundig gemacht.

Aktive Kohlepolitik, die einzubetten ist in eine gesamtwirtschaftlich orientierte Energiepolitik, muß allerdings mehr sein als ein Subventionsprogramm zugunsten einer Förderung X. Viel wichtiger ist, Kohleabsatzmärkte zu stabilisieren und neue zu erschließen und die Märkte auch dann zu erhalten, wenn es ausländischen Lieferanten wieder einmal in den Kram passen sollte, ausreichende Mengen zu niedrigsten Preisen auf den Markt zu werfen.

Natürlich wird unsere Volkswirtschaft unter dem gegebenen heutigen Erkenntnisstand der Technik auch in Zukunft auf Energieimporte angewiesen sein. Selbst der hohe Anteil eingeführter Energie macht es dabei jedoch keineswegs gleichgültig, in welchem Umfang der Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus gesichert wird. Die Betrachtung von Globalzahlen hat auf diesem Gebiet in der Vergangenheit leider die reale Leistungskraft des Steinkohlenbergbaus für unsere Wirtschaft in Vergessenheit geraten lassen.

Realistischere Bewertung

Kürzlich ist deshalb mit Recht auf einen realistischeren Leistungsmaßstab für die inländi-

sche Kohle hingewiesen worden: „Die Steinkohlenkraftwerke haben 1972 rd. 106 Mrd. kWh erzeugt; dafür sind 32,4 Mill. t SKE deutsche Steinkohle und 4,5 Mill. t SKE importierte Steinkohle eingesetzt worden. Zusammen mit den 69 Mrd. kWh aus Braunkohle war die Stromerzeugung im Jahre 1972 ebenso hoch, wie der gesamte Stromverbrauch der Bundesrepublik im Jahre 1965... Aus je 10 Mill. t Steinkohle können rd. 30 Mrd. kWh Strom erzeugt werden. Es ist also keineswegs gleichgültig, ob die Bundesrepublik sich für die kommenden Jahre die Möglichkeit offenhält, 10 oder 20 oder 30 Mill. t Steinkohle mehr verstromen zu können oder nicht.“

Die westdeutsche Kohleförderung ist also auch heute noch ein ernst zu nehmender und vor allem durch nichts zu ersetzender Sicherheitsfaktor in der inländischen Energieversorgung. Wenn z. B. vermieden werden soll, daß die Stromlieferungen für Industrie und Private in den nächsten Jahren zeitweilig erheblich eingeschränkt werden müssen oder daß sogar das Netz zusammenbricht, dann ist ein beschleunigter umfangreicher Bau von Steinkohlekraftwerken unverzichtbar.

Mehr Kohlekraftwerke und Kohleforschung

Die IG Bergbau und Energie hat nicht zuletzt aus diesem Grund den öffentlichen Händen vorgeschlagen, das schon vor dem arabischen Ölboykott beschlossene 6 000 MW-Neubauprogramm von Kraftwerken auf Steinkohlenbasis kurzfristig wesentlich zu erhöhen, zumindest zu verdoppeln. Auf mittlere Sicht könnte so durch Steinkohle die Versorgungssicherheit im Bereich der Stromerzeugung unseres Landes zum größten Teil abgesichert werden.

Hinzu kommt, daß durch eine Reihe weiterer Maßnahmen der

Ölbedarf unseres Landes in beachtlichen Größenordnungen entlastet werden kann, und zwar durch

Umstellung bivalent ausgelegter Kraftwerke von Öl auf Kohle (extreme Einsparungsmöglichkeit gemessen am Heizölverbrauch 1972 über 10 Mill. t);

Verbot der Eindüsung von schwerem Heizöl in Hochöfen, die technisch problemlos durch vermehrten Kokseinsatz ersetzt werden kann (extremer Ölminerverbrauch gemessen an der Eindüsung 1972 über 4 Mill. t);

öffentliche Förderung der Umstellung von Öl auf Kohle in der Industrie sowie in öffentlichen und privaten Gebäuden, z. B. für Beheizungszwecke (die Einsparungsmöglichkeit läßt sich für diese Bereiche zwar nicht beziffern, könnte unter Umständen aber auch hier nennenswerte Größenordnungen erreichen).

Voraussetzung, daß die angegebenen extremen Einsparungsmöglichkeiten auf mittlere Sicht realisiert werden können, ist der unverzügliche Bau von Anlagen, in denen schweres Heizöl zu Benzin und leichtem Heizöl verarbeitet werden kann. Die Investitionspolitik der Mineralölindustrie müßte auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Am vorgenannten Beispiel wird aber auch einmal mehr deutlich, wie notwendig die sofortige Aktivierung von Möglichkeiten ist, die nach dem technischen Entwicklungsstand der Gegenwart auf mittlere Sicht mit Sicherheit greifen oder für die der Beweis erbracht werden muß, daß sie greifen bzw. nicht greifen.

Dies gilt für den gesamten Katalog möglicher Maßnahmen zur besseren Nutzung unserer Kohlereserven, wie er beispielsweise in den Vorschlägen der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Energiepro-

gramm vom 12. Juni 1973 zusammengefaßt ist:

- Vergasung von Steinkohle in großen Kohledruckvergasungskraftwerken;
- Entwicklung eines wirtschaftlichen Verfahrens zur Herstellung von synthetischem Naturgas als Erdgasersatz;
- Gewinnung von Heizöl und Benzin aus Kohle;
- Erschließung nuklearer Prozesswärme zur Kohleveredlung über den Kugelhaufenreaktor.

Neben der bereits erwähnten Erhöhung des Bauprogramms für Kraftwerke auf Steinkohlenbasis hat die IG Bergbau und Energie den öffentlichen Händen deshalb gleichfalls vorgeschlagen, erheblich mehr finanzielle Mittel als bisher für die Kohleforschung bereitzustellen.

Sicherheit gebende Belegschaftspolitik

Neben allen technisch-wirtschaftlichen Perspektiven, die vielleicht die Chance beinhalten, über die Kohle die Energieversorgungssicherheit unseres Landes zu verbessern, sollten sich jedoch alle Beteiligten — und dazu gehört auch die Öffentlichkeit — darüber im klaren sein, daß alle kohlepolitischen Anstrengungen zum Scheitern verurteilt sind, wenn es nicht über kurz oder lang gelingt, das Belegschaftsproblem des Steinkohlenbergbaus positiv zu lösen.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: In den 15 Jahren wirtschaftlich unbewältigter Kohlenkrise ist der bergmännische Nachwuchs aus der einheimischen Bevölkerung, aus der die notwendige Stammbegschaft einer Zeche kommen muß, praktisch auf Null gesunken, und zwar auf allen Ebenen betrieblicher Funktionsträger, angefangen vom Bergknappen bis zur höchsten Führungskraft. Wenn die Kurve der bergmännischen

Nachwuchsentwicklung weiterhin so negativ verläuft wie in den letzten Jahren, ist nicht ausgeschlossen, daß die Kohleförderung einen Belegschaftskollaps erleidet. Denn Kohlen sind ohne Belegschaft bei allem technischen Fortschritt auch heute noch nicht zu fördern.

Die negative Belegschaftsentwicklung hat im wesentlichen zwei Ursachen:

Ein Wirtschaftszweig, der sich 15 Jahre lang in einer Krise befindet, die durch laufende Betriebsstilllegungen gekennzeichnet ist, ohne daß sich ein Endpunkt abzeichnet, verliert in einer vollbeschäftigten Wirtschaft jede Anziehungskraft auf potentielle Nachwuchskräfte.

Die Bergleute, speziell die unter Tage Tätigen, die auch heute noch Schwerstarbeit verrichten, haben im Verlauf der Kohlenkrise zwar Anschluß an die allgemeine Einkommens- und Sozialentwicklung in der Bundesrepublik gehalten, sie haben aber ihre ehemals herausgehobene Position eingebüßt. Es gibt gegenwärtig keine materiellen Anreize mehr, die für die Berufswahl eines Bergmanns sprechen.

In den vergangenen Jahren hat der Bergbau zwar versucht, die Belegschaftslücken durch ausländische Arbeitskräfte zu schließen. Dennoch ist das Belegschaftsproblem bei einer zunehmenden Zahl von Gastarbeitern immer bedrohlicher geworden. Man kann eben keine Zeche auf Dauer mit einer Belegschaft führen, deren leistungsfähigste Jahrgänge nur vorübergehend im Bergbau tätig bleiben und die überwiegend nach einem bzw. spätestens zwei Jahren in einen anderen Wirtschaftszweig überwechseln — was allerdings letztlich wieder nur die These bestätigt, daß der Bergmannsberuf heute keine materiellen Anreize bietet.

Eine Belegschaftspolitik, die auf Dauer den Anforderungen nach einem leistungsstarken Steinkohlenbergbau gerecht werden soll, muß deshalb ihre Hebel auch bei den genannten Ursachen ansetzen, um mit den Nachwuchssorgen fertig zu werden. Das heißt,

den Bergleuten muß nach 15 Jahren ununterbrochener Arbeitsplatzunsicherheit das Erlebnis eines zukunftssicheren Bergbaus vermittelt werden;

entsprechend der Schwere und Gefährlichkeit ihres Berufs muß die Bergarbeit materiell privilegiert werden.

Arbeitsplatzsicherheit und Privilegien

Was wir also für die Zukunft brauchen ist dies: Die politische Grundsatzentscheidung, daß die deutsche und möglichst auch die europäische Wirtschaft sich langfristig auf die eigenen Kohlevorräte als eine sichere Energiebasis stützen will. Diese Entscheidung gilt es mengenmäßig und finanziell langfristig so abzusichern, daß Belegschaftspolitik und Kohleforschung, die beide bestenfalls mittelfristig erfolgreich sein können, verlässliche Orientierungsdaten haben.

Unter solchen Bedingungen bietet die Kohleforschung zahlreiche Ansätze, unseren Ölbedarf nachhaltig zu entlasten, und hat die Belegschaftspolitik die Chance, für eine so leistungsfähige Mannschaft zu sorgen, daß jederzeit die Förderung erreicht wird, die unsere Volkswirtschaft benötigt. Mittel- und langfristig wird die Steinkohle nur dann als ein wirksamer Schirm gegen Ölpression und Ölmonopol wirken können, wenn wir die Steinkohle nicht nur als Lückenbüßer für den arabischen Ölboycott behandeln, sondern als einen unverzichtbaren Bestandteil einer auf Sicherheit hin angelegten Energieversorgung.